

leserbrieife

Leserbrieife richten Sie bitte an:
„Die Presse“, Parkring 12a, 1010 Wien
leserbrieife@diepresse.com

Geldstrafen als Lösung für Hundekot-Problem

Kinder oder Hunde?, „quergeschrieben“ von Doris Knecht, 23. Juni
Leider hat Frau Knecht völlig Recht. Ein Blick in das Archiv zu diesem Thema zeigt, dass die Beschwerden über Hundekot in Wiesen, Kinderspielplätzen und Gehsteigen stetig zunehmen, jedoch bei den Hundebesitzern nur in Ausnahmefällen Einsicht für dieses Problem vorhanden ist. Für nicht belehrbare Hundebesitzer ist die Einführung einer adäquaten Geldstrafe ab Euro 500, die auch sofort zu exekutieren ist, einzuführen. Eine Maßnahme, die auch an notorischen Ausspuckern, Papier-, Dosen- und Tschikdeponierern sowie Einkaufswagen diverser Supermärkte im Rinnsal oder in Parkanlagen zurücklassenden Mitmenschen anzuwenden ist. In Singapur und Hongkong wurde gezeigt, wie dadurch eine Stadt wieder sauber zu bekommen ist.

Helmut Bacowsky
1200 Wien

Pressburg als Vorbild

Ein kleiner Blick über die Grenze genügt: In Pressburg gibt's bei jedem öffentlichen Abfallkübel gratis Sackerl mit Pappschauerl für die Hundstrümmerl. Die Altstadt ist praktisch hundstrümmerlfrei.

Stephan Schmatz
3512 Mautern/Donau

Hundeverbote in Lokalen?

Gratuliere Frau Doris Knecht zur Analyse des Hundeterrors in Wien. Neben dem überall herumpickenden Hundkot ärgere ich mich noch mehr über die Frechheit der Hundebesitzer, ihre Hunde in Speiselokale mitzunehmen. Der Gesetzgeber müsste dies endlich verbieten, der Lokalbesitzer kann es nämlich aus wirtschaftlichen Gründen nicht!

Franz Hartbauer
2232 Deutsch-Wagram

Zürich sauberer als Wien

In der Schweiz herrscht in den meisten Orten „Hundekotaufnahmepflicht“. Diese wurde lange Zeit ebenso wenig beachtet wie in Wien. Seit in den meisten Orten und vor allem an bekannten „Hundeklos“ in Abständen von ein paar hundert Metern kleine Müllcontainer mit einer integrierten Rolle Plastiksäcke aufgestellt wurden, hat sich das Problem sehr stark gebessert. Die meisten Hundebesitzer haben immer einen Vorrat an diesen Säckchen bei sich, und sie können die vollen Säckchen schnell los werden. Finanziert werden könnte das Ganze aus der Hundesteuer. Da bekommen die Hundebesitzer sogar noch einen direkt sichtbaren Gegenwert für ihr Geld. Natürlich gibt es immer noch Ferkel, die alles liegen lassen, aber im Vergleich zu Wien ist der Zustand vor allem in der Stadt und in Parks wesentlich besser, weil das Liegenlassen von der Mehrheit der Gesellschaft, mit oder ohne Hund, nicht mehr akzeptiert wird.

Christine Blach
Zürich

„Artikel gehört jedem Gemeinderat hingeknallt“

Doris Knecht empört sich mit Recht über das große Hundeklo namens Stadt Wien. Ich gebe ihr in jeder Äußerung völlig recht, wohne selbst in einem solchen Hundeklo, Neuwaldegger Straße. Der Artikel gehört nicht nur in die „Presse“, sondern jedem Gemeinderat auf sein Pult geknallt. Was glauben Sie, wie oft ich schon an den Bürgermeister deswegen geschrieben habe. Jetzt kommt nicht einmal mehr Antwort. Ob das noch besser wird?

Robert Freund
1170 Wien

Die abgedruckten Leserbrieife müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Noch einmal für Handke. Eine Beschwörung

GASTKOMMENTAR VON WOLFGANG PETRITSCH

Ich wünsche mir, dass Peter Handke sein Engagement dem wahren Serbien widmen möge.

Es mag Zufall sein, dass wenige Tage vor Erscheinen von Peter Handkes Text „Noch einmal für Jugoslawien“ ein Video von der Ermordung bosnischer Männer und Knaben durch eine serbische Spezialeinheit, die so genannten „Skorpione“, aufgetaucht ist. Das Dokument hat in Belgrad Schock und Entsetzen ausgelöst. Die systematische Hinrichtung von rund 8000 Zivilisten – Handke schreibt von „Soldaten“ – wurde bislang, wenn nicht gar geleugnet, bloß der bosnisch-serbischen Armee unter General Mladić angelastet.

Das Video macht sichtbar, was Kennern der Situation schon längst klar war: Belgrader Spezialeinheiten waren an dem Massaker beteiligt. Die offizielle serbische Reaktion erfolgte umgehend und fiel bemerkenswert eindeutig aus. Mehrere der Beteiligten wurden von der serbischen Polizei verhaftet, Regierung und orthodoxe Kirche haben ihre Betroffenheit zum Ausdruck gebracht. Der serbische Präsident Tadić und der Präsident der Republika Srpska, Cavić, kündigten ihre Teilnahme an der Srebrenica-Gedenkfeier am 11. Juli an.

„Smoking gun“ gefunden

Damit scheinen nach zehn Jahren des Leugnens in Belgrad und in Banja Luka endlich die Dämme des Verdrängens gebrochen. Die längst überfällige Aufbereitung der jugoslawischen Tragödie, die Individualisierung von Verbrechen und Verantwortung, hat damit einen entscheidenden Anstoß erhalten. Vor allem aber: Die politische Verantwortung an diesem größten Verbrechen auf europäischem Boden seit 1945 ist damit dingfest gemacht, die „smoking gun“ gefunden.

Der serbische Präsident hieß zum damaligen Zeitpunkt Slobodan Milošević, bei ihm endete die Befehlskette für die „Skorpione“. Damit aber endet auch der perfide Versuch der damaligen politischen Klasse in Belgrad, das gesamte Volk in Geiselnhaft zu nehmen; die These von der Kollektivschuld des serbischen Volkes – auch anderswo ein beliebter Selbstschutz gewöhnlicher Politverbrecher und ihrer Handlanger – ist widerlegt.

Mit diesem Beweisstück – nicht dem einzigen, aber wohl dem wirksamsten, da von einem der Teilnehmer am Genozid angefertigt – ist überdies das UNO-Tribunal

Wolfgang Petritsch, österr. UN-Botschafter in Genf, war ab 1998 EU-Sondenvermittler im Kosovo. '99 vertrat er die EU bei den Kosovo-Friedensgesprächen. Von '99 bis '02 war er inter. Zivilverwalter in Bosnien-Herzegowina.



[Fabry]



Peter Handke vor einer durch die NATO zerstörten Fabrik in Kragujevac bei Belgrad im Jahr 1999. [AP]

in seiner Anklage gegen Milošević einen wichtigen Schritt vorangekommen. Milošević wird seine Verteidigungsstrategie gründlich überarbeiten müssen, will er seine „Opferthese“ aufrechterhalten.

Wird auch Peter Handke seinen Text überarbeiten? Vor bald zehn Jahren hat der Schriftsteller „Gerechtigkeit für Serbien“ gefordert – ein mutiger Schritt damals, angesichts überwiegend pauschaler Medien-Verdammung und so mancher undifferenzierter Schuldzuweisung. Serbien und seine Bürger hatten in Handke einen unerbittlichen Verteidiger gefunden.

In der Zwischenzeit hat sich freilich einiges getan. Nicht zuletzt fand im Oktober 2000 ein relativ friedlicher Machtwechsel in Belgrad statt. Die Demokratisierung des Landes konnte zwar durch die Ermordung von Zoran Djindjić nicht gestoppt werden. Das Tempo der gesellschaftlichen Veränderung hat sich allerdings seither merklich verlangsamt. Die serbischen Reformkräfte aber – allen voran Menschenrechtsaktivisten, Schriftsteller, Journalisten und Künstler – geben nicht auf, ihr Einfluss wächst. Sie sind es, in dessen Namen wir „Gerechtigkeit für Serbien“ fordern müssen.

Sie auch könnten Handke bei der Überarbeitung seines Textes unterstützen. Etwa Nataša Kandić, die couragierte Menschenrechtsaktivistin, der das Srebrenica-Video zugespielt wurde. Oder die kompromisslose Sonja Biserko, Leiterin des Helsinki-Komitees für Serbien, die nichts weniger als die „Entnazifizierung“ des serbischen Volkes verlangt. Auch die unermüdliche

Borka Pavićević, die unter schwierigsten Umständen das Belgrader „Zentrum für kulturelle Dekontamination“ leitet.

Handkes kroatische Schriftstellerkollegin Slavenka Drakulić schließlich, Autorin des Buches „Keiner war dabei – Kriegsverbrechen auf dem Balkan vor Gericht“, müsste dazu zu gewinnen sein, mit ihm ihre langen Recherchen in Den Haag und in Ex-Jugoslawien zu diskutieren.

Engagement für das „wahre“ Serbien

Die Wahrheit aber ist gewiss nicht bloß weiblich in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. Viele von Handkes Schriftstellerkollegen – einer von ihnen, Dragan Velikić ist gerade serbisch-montenegrinischer Botschafter in Wien geworden – könnten gewiss des Dichters „poetische Erfahrungen“ (Sigrid Löffler) ergänzen und ihm so zu einem umfassenderen Bild Serbiens verhelfen.

Ich wünsche mir seit Jahren eines, wenn ich Handkes große poetische Texte lese (und an seinem fehlgeleiteten jugoslawischen Zorn leide): dass er sein bemerkenswert hartnäckiges Engagement für den „underdog“ Serbien dem wahren Serbien widmen möge; dem Serbien, das sich Nataša Kandić, Sonja Biserko und Borka Pavićević erträumen und für dessen demokratische Rehabilitierung Schriftsteller wie Slavenka Drakulić, Dragan Velikić und andere, die ich bewundere, hier aber nicht erwähnt habe, streiten und schreiben.



meinung@diepresse.com

quergeschrieben

Denn sie wissen nicht, was sie tun sollen



VON CHRISTIAN ORTNER

Die EU wird sich demnächst entscheiden müssen: zwischen angelsächsischer Wachstumspolitik oder deutsch-französischer Illusionsfabrik.

Es war nicht unbedingt gerade nobel-preisverdächtig, was Tony Blair dieser Tage via „Bild“ den Deutschen ausrichtete und dann im Europäischen Parlament anklingen ließ, aber trotzdem irgendwie richtig. „Wir müssen herausfinden,“ diagnostizierte der Londoner Premier in Anspielung auf die momentan suboptimale Befindlichkeit der EU, „warum bestimmte Volkswirtschaften in Europa Arbeitsplätze schaffen und andere nicht.“

Um die Antwort auf diese berechtigte Frage wird in den kommenden Monaten und Jahren der wahrscheinlich wichtigste, aber auch härteste jener zahllosen Konflikte toben, die die EU ein bisschen aussehen lassen wie einen Käfig voller Narren, die nicht wissen, was sie wollen. Nach Jahren mageren Wachstums wird immer klarer sichtbar, dass in der so genannten „Union“ zwei diametral entgegengesetzte ökonomische Konzepte aufeinanderprallen.

Auf der einen Seite das deutsch-französische eines nur leicht adaptierten traditionellen Wohlfahrtsstaates, dessen Design noch aus der Vorglobalisierungsepoche des vergangenen Jahrhunderts stammt und das im Wesentlichen davon ausgeht, dass der Wohlstand um so höher steigt, je weniger („35 Stunden sind genug“) alle arbeiten. Auf der anderen Seite das angelsächsische, aber auch in den zehn neuen Mitgliedsstaaten weitgehend unumstrittene Modell einer robusten, liberal verfassten Wettbewerbsökonomie, für die Wirtschaftswachstum das wichtigste Instrument der Sozialpolitik darstellt und die von der 35-Stunden-Fraktion deshalb als „Raubtierkapitalismus“ denunziert wird.

Wie fundamental antagonistisch einander die Blöcke gegenüberstehen, illustriert der Streit um jene EU-Richtlinie, wonach die Wochenarbeitszeit maximal 48 Stunden betragen darf. Beide sind massiv dagegen: die einen, weil sie das für eine Zumutung halten, die anderen, weil sie jede derartige Begrenzung für eine ebensolche Zumutung halten. Die Frage aber, ob die Union künftig eher den deutsch-französischen oder eher den anglo-osteuropäischen wirt-

schaftlichen Kurs nehmen wird, ist vermutlich ausschlaggebend für ihr weiteres Schicksal: Denn ohne Wachstum wird die Krise nicht zu bewältigen sein.

Fast alle ökonomischen Parameter geben im Übrigen Blair recht. Denn Großbritannien ist die einzige Volkswirtschaft der EU, in der die Jobmaschine auf Höchsttoure läuft. Dass Großbritannien die Einwanderung von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern ermutigt, anstatt Übergangsfristen in Anspruch zu nehmen, belegt besser als jede Statistik die Überlegenheit dieser ökonomischen Politik.

Sie hat allerdings einen entscheidenden Nachteil: dass der Wähler in Frankreich oder Deutschland noch immer der Illusion anhängt, noch weniger arbeiten und noch mehr Regulierung sei ein taugliches Rezept, der Globalisierung zu begegnen. Was kein wirkliches Wunder ist. Immerhin haben sich ja ganz Politikergeneration über Jahrzehnte an der Macht gehalten, indem sie diese Illusion am Leben erhielten.

Christian Ortner ist Journalist in Wien.



christian-ortner@chello.at